

22.29

**Abgeordnete Gabriele Heinisch-Hosek** (SPÖ): Herr Präsident! Damen und Herren auf der Regierungsbank! Frau Ministerin! Herr Vizekanzler! Kolleginnen und Kollegen! Kein Opfer von Gewalt in Österreich, keine Frau und kein Kind haben es sich verdient, dass man dieses Thema erstens unseriös, zweitens unaufrichtig und drittens doppelbödig diskutiert, und dieser Verdacht drängt sich mir gerade ziemlich auf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Frau Kollegin Bogner-Strauß! Blicken wir ein paar Jahre zurück: Österreich hat als eines der ersten Länder eine Europaratskonvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt und häuslicher Gewalt ratifiziert, gültig seit 1.1.2014. Sofort hat damals ein nationaler Aktionsplan, der entwickelt wurde, Platz gegriffen, wurde vom Parlament einstimmig zur Kenntnis genommen, es waren viele Ressorts daran beteiligt. Alle haben zusammengeholfen, um mit den auch damals nicht sehr üppigen Mitteln einen guten Beitrag zu leisten.

Dann wurden wir nach Monaco als erster Staat von einer Kommission geprüft. Diese Kommission hat uns nach der Evaluierung doch einige Verbesserungsvorschläge auf den Tisch gelegt. Das Allererste war: Natürlich braucht es für den Gewaltschutz mehr Budget, natürlich ist das notwendig. Was haben wir gemacht? – Wir haben sofort eine Aufstockung um 5 Millionen Euro eingebracht – und jetzt kommt Türkis-Blau und jetzt kommen die Unaufrichtigkeit, die Doppelbödigkeit und die Unseriosität *(Abg. Schimanek: Na, na, na, na!)* –, und Sie haben es ignoriert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

So, und heute kommen Sie daher – wir werden natürlich mit diesem Entschließungsantrag mitgehen, das ist ja keine Frage – und fordern mehr Geld, eine Aufstockung des Frauenbudgets. Das war ja nicht das erste Mal. Wir haben ja auch dazwischen Entschließungsanträge eingebracht, dass es mehr Geld braucht *(Abg. Stefan: ... so aufgeregt hab' ....!)*: 3 Millionen Euro Sofortmaßnahmen nach diesen schrecklichen Frauenmorden, 2 Millionen Euro für den Opferschutz, 1 Million Euro für opferschutzorientierte Täterarbeit – ignoriert von Türkis-Blau.

So, und was ist jetzt? – Nächste Woche werden wir hier ein großes Gewaltschutzpaket diskutieren. Da haben wir noch einmal Gelegenheit, aufzuzeigen, wer in diesem Land seriös arbeitet, wer gut mit den Einrichtungen zusammenarbeitet. Die Allianz gewaltfrei leben, die sich 2017 gebildet hat, besteht aus 35 Organisationen, die ernst genommen werden wollen. *(Zwischenruf der Abg. Schimanek.)* Die wollen auch wissen, was es bedeutet, mit weniger Stunden auszukommen. Diese Politik von Türkis-Blau, diese Ex-Ministerin hat es zu verantworten, dass viele Beratungsstunden leider gekürzt werden

mussten. Und jetzt stellen Sie sich her und sagen: Nur wir sind die, die für mehr Geld sorgen.

Wir können auf eine jahrelange wunderbare Arbeit mit den Organisationen zurückblicken und haben uns redlich bemüht, auch dem Gewaltschutz Rechnung zu tragen und Mädchen, Frauen und natürlich auch Männer bestmöglich zu schützen. Wenn Sie aber Anträge dieser Art einbringen, wissen Sie nicht, wovon Sie reden, denn auch der Grevio-Bericht sagt uns, dass wir eigentlich in Österreich 210 Millionen Euro bräuchten, um die volkswirtschaftlichen Folgen von Gewalt verhindern zu können.

Das Wort Prävention ist Ihnen nicht über die Lippen gekommen. Das wäre nämlich das Allerwichtigste, das wir in diesem Bereich angehen müssten. In Prävention investieren heißt auch, in keine Gewalttaten in der Zukunft zu investieren. Das ist Ihnen fremd.

*(Beifall bei der SPÖ.)*

22.33

**Präsident Mag. Wolfgang Sobotka:** Frau Abgeordnete Schimanek ist zu Wort gemeldet. – Bitte. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*